



Protokoll der Beratung am 03.12.2014

I. Öffentlicher Teil

Herr Richter eröffnet die Sitzung und begrüßt als Gäste Herrn Schulrat Koch, Frau Jurrmann, Schulleiterin der UNESCO-Pilotschule sowie Herrn Nagel, Schulleiter der Regine-Hildebrandt-Grundschule.

Zu Beginn der Beratung sind 7 Mitglieder und 1 Vertreter anwesend. Zwei Mitglieder sind später dazu gekommen. Frau Dr. Münch verlässt vorzeitig die Beratung und wird im weiteren Verlauf durch Herrn Nagel vertreten.

Anwesenheit:

	Mitglieder:		Sachkundige Bürger:		Gäste:
1.	Herr Richter	DIE LINKE	Frau Richter	DIE LINKE	Bitte Anwesenheitsliste beachten
2.	Herr Schulz	CDU	Frau Kovalev	DIE LINKE	
3.	Frau Breitschuh- Wiehe	B90/GRÜNE	Herr Karwinski von Karwin	SPD	
4.	Frau Gerth	FL/CDU	Frau Ceglarek	SPD	
5.	Frau Kostrewa	SPD	Herr Selka	AUB/SUB	
6.	Frau Kühl	DIE LINKE	Herr Groß	AfD	
7.	Frau Dr. Münch	SPD			
8.	Frau Piduch	DIE LINKE			
9.	Herr Amat Kreft	AUB/SUB			
10.	Herr Simonek	AfD			

TOP 1 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Zu Beginn der Beratung sind 8 Mitglieder anwesend; die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

TOP 2 Bestätigung der Tagesordnung

Herr Richter gibt die Änderung der Tagesordnung bekannt. Aufgenommen werden folgende Punkte:

- 7.1 Information zur Situation der Asylbewerber/Flüchtlinge in Cottbus
- 7.2 Information zur Situation einer Gruppe von Asylsuchenden

Abst.: 8:0:0

TOP 3 Protokollkontrolle

Folgende Protokolle werden bestätigt:

- Protokoll der öffentlichen Sitzung vom 03.11.2014
- Protokoll der öffentlichen Sondersitzung vom 26.11.2014

Abst.: 8:0:0

TOP 4.1 Beschlussvorlage II-016/14

Satzung über die Erhebung von Gebühren für Leistungen des Rettungsdienstes der Stadt Cottbus mit Gebührentarif ab 01.01.2015

Herr Zellmann stellt die Beschlussvorlage vor.

In der Diskussion merkt **Herr Amat Kreft** an, dass die Berechnungen nicht nachvollziehbar sind. Es wird vereinbart, dass Herr Zellmann eine entsprechende Information an die Fraktionen noch vor dem Termin des Hauptausschusses übergibt.

Abst.: 8:0:1

TOP 5.1 Inklusion an Grundschulen – Stand und Perspektiven

Herr Richter bedankt sich bei Frau Jurrmann, Herrn Nagel und Herrn Koch, dass sie an der Beratung teilnehmen und über ihre Erfahrungen zu dem Thema berichten.

Herr Weiße gibt anhand einer Präsentation, die als Anlage 2 beigelegt ist, eine kurze Einführung zu dem Thema und informiert zum Modellprojekt Cottbus .

Frau Jurrmann, Schulleiterin der UNESCO-Grundschule erläutert, dass es sich bei der UNESCO-Grundschule um eine Projektschule des Landes Brandenburg handelt. Das Projekt beinhaltet 3 Stufen. Seit 2010 befindet sich die Schule in der letzten Stufe. Die Schule gibt es seit 1994 und sie hat bereits zu diesem Zeitpunkt Integrationskinder aufgenommen und einen gemeinsamen Unterricht durchgeführt.

Im Weiteren führt sie aus, dass in der Schule 53 % der Kinder, und damit jedes 2. Kind, aus sozial schwachen Familien kommen. Folgende Problemlagen sind u. a. erkennbar:

- Alkoholprobleme der Eltern,
- ungenügende bzw. unzureichende Ernährung bei den Kindern
- ungenügende bzw. unzureichende Vorkenntnisse der Kinder bei Einschulung
- ungenügender Bildungsanspruch der Eltern.

An der Schule bestehen 4 Flexklassen. Das heißt, Schüler der 1. und 2. Klasse lernen gemeinsam. Insgesamt erhalten hier 8-10 Kinder/Klasse zusätzliche Betreuung und Unterstützung. Bei den Kindern handelt es sich um Integrationskinder mit einem festgestellten Förderbedarf. Probleme zeigen sich auch bei den sehr jungen Schulkindern.

Frau Jurrmann weist darauf hin, dass verlässliche Ressourcen vorhanden sein müssen, um das Projekt erfolgreich umzusetzen. Dazu gehört Personal, welches flexibel einsetzbar ist. Eine wesentliche Voraussetzung sieht sie darin, dass der Schulleiter weisungsberechtigt sein muss. Die Sicherung der Chancengleichheit für benachteiligte Kinder sieht sie darin, dass die Kinder zusätzliche Kompetenzen in der Grundschule erwerben.

Das Pilotprojekt ist gut ausgestattet und dies muss beibehalten werden. Bei einem krankheitsbedingten Ausfall von Lehrern darf das Gefüge nicht zusammenbrechen. Es gilt zu berücksichtigen, dass eine Vertretungsreserve fehlt.

Herr Nagel stellt sich als **Schulleiter der Regine-Hildebrandt-Grundschule** vor und führt aus, dass im Stadtgebiet Sachsendorf/Madlow 50 % der Eltern von Kindern seiner Schule auf staatliche Unterstützung angewiesen sind. Dabei stellt er fest, dass die Problemlagen der Familien oft nicht vom Einkommen abhängig sind. Er sieht eine Überforderung insbesondere bei alleinerziehenden Müttern und Vätern. Seiner Einschätzung zufolge gibt es viele Eltern, die zur Mitarbeit bereit sind.

Inklusion steht für ihn als Zeichen, dass gehandicapte Kinder in Regelschulen normal beschult werden können, um von der defizitären Betrachtung verschiedener Schultypen wegzukommen. Als Voraussetzung dafür sieht er die Ressourcenbildung sowie die Teamarbeit der unterschiedlichen Professionen an. Probleme bestehen in den fehlenden gesetzlichen Regelungen von Seiten des Landes.

Herr Koch, Vertreter des Staatlichen Schulamtes, zeigt auf, dass die Stadt Cottbus einen besonderen Weg zum Thema Inklusion beschreitet.

Im Rahmen des Landesprojektes erhalten die Schulen eine Poolzuweisung sowie eine Zuweisung für Besonderheiten im Wohngebiet. Des Weiteren erfahren sie eine besondere Fortbildung durch entsprechende Berater. Die Berater werden demnächst auch an anderen Schulen wirksam. Die durchschnittliche Stärke einer Klasse beträgt 22 Kinder; in Ausnahmefällen auch einmal höher. Das Ziel besteht nicht darin, eine Sammelschule für Problemkinder zu schaffen. Die Schulen können diese Kinder aufnehmen, müssen es aber nicht. In jedem Wohngebiet gibt es eine Schule, die entsprechend Kinder aufnehmen kann. Sonderpädagogen sind rar. An den Schulen von Frau Jürmann und Herrn Nagel gibt es jeweils 2 Sonderpädagogen.

Auf die Fragen aus der Diskussion ergänzt Herr Koch, dass die Pilotprojekte des Landes für das nächste Jahr finanziell und personell abgesichert sind. Der Landesmodellversuch erfolgt mit wissenschaftlicher Begleitung und auch zukünftig bleibt das Thema Inklusion auf der Agenda der Landesregierung.

Frau Kostrewa bringt einen Antrag der Fraktion der SPD ein. Bei dem Antragsgegenstand handelt es sich um einen Prüfauftrag „Evaluation des Cottbuser Modellversuchs Inklusion“ mit dem Ziel, den Modellversuch auf andere Schulen zu übertragen (Anlage 3). Die Erfüllung des Prüfauftrages sollte mit Ende des Schuljahres terminiert sein.

Herr Weiße weist darauf hin, dass für die Verallgemeinerung eine Rechtsgrundlage und ein entsprechender finanzieller Rahmen erforderlich sind. Er stimmt, nach Vorschlag von Herrn Richter, zu, den Prüfauftrag bis Mai 2015 zu erfüllen.

Frau Piduch schlägt vor, dass über den Antrag der SPD in allen Ausschüssen informiert werden sollte, da es sich bei den Pilotschulen um ein grundsätzliches Thema handelt.

Frau Kühl bittet darum, dass die inhaltliche Erarbeitung des Antrages im Sozial- wie auch Bildungsausschuss erfolgen und danach eine Information in der Stadtverordnetenversammlung gegeben werden sollte.

Herr Richter unterstützt die Verfahrensweise und bittet um Abstimmung.

Abst.: 9:0:0

Frau Dr. Münch führt im Rahmen der Diskussion aus, dass die Bedingungen der Pilotschulen und das Vertretungsbudget erhalten bleiben. Nach der Evaluation zum Projekt muss sich das Land erneut Gedanken machen. Von Seiten des Landes besteht das Ziel darin, die Schulsozialarbeit zu erhöhen. Sie sieht die Bedingungen für das weitere Voranschreiten als gegeben.

Herr Groß merkt an, dass ca. 50 % der Schüler in Familien mit Bedarfen gehören. Was aber passiert mit den anderen.

Frau Jurrmann erläutert, dass es schwierig ist, alle zu fördern. Aber es gibt Möglichkeiten, den Unterricht entsprechend zu gestalten und in außerschulische Angebote zu vermitteln. Sie weist darauf hin, dass die Zahl derer, die an das Gymnasium gehen können, nicht geringer ist als an anderen Schulen. Durch den Einsatz von Heilpädagogen wird allen Kindern gerecht.

Herr Nagel ergänzt, dass es einer differenzierten Arbeit und offener Unterrichtsformen bedarf.

Frau Breitschuh-Wiehe kritisiert, dass von Seiten des Landes das Modellprojekt nicht auf andere Schulen übertragen wird. Es bildet sich ein 2-Klassensystem heraus. Zum Einen die Pilotschulen und zum Anderen die Grundschulen. Als Beispiel nennt sie das 610-Stellenprogramm, das auf 510 Stellen zurückgefahren wurde. Sie verweist darauf, dass Geld in die Hand genommen werden muss. Ein weiteres gravierendes Problem sieht sie in der Tatsache, dass es völlig offen ist, wie es nach der Grundschule mit der Inklusion weiter geht.

Frau Ratzke erläutert, dass die Förderausschussverfahren zu lange dauern. Von Seiten des Landes muss geschaut werden, welche Voraussetzungen noch zu schaffen sind.

Herr Koch führt aus, dass grundsätzlich eine entsprechende Ausstattung vorhanden ist, alle Schulen bekommen das Poolmodell. Die Pilotschulen erhalten noch zusätzliche Unterstützung. Es gibt eine verlässliche Ausstattung. Ein Problem stellt der Unterrichtsausfall dar. In den Primarstufen muss der Ausfall abgesichert sein. Dafür werden 700 T€ investiert.

Frau Kühl verweist darauf, dass das soziale Umfeld einzubeziehen ist, so auch das Netzwerk in Neu-Schmellwitz.

Herr Richter schließt die Diskussion mit der Anmerkung ab, dass er besonders die Sorge von Frau Breitschuh-Wiehe zur Inklusion nach der Grundschule teilt. Er stellt fest, dass die Struktur in Cottbus gut ist und die Stadt ihre Chance genutzt hat.

Er übergibt die Leitung der Beratung an Frau Gerth.

TOP 6.2 Jahresbericht Hygiene

Herr Burdack stellt sich als Gesundheitsaufseher vor und erläutert die Präsentation zum Jahresbericht Hygiene, der allen ausgehändigt wurde.

In der Diskussion wird angesprochen, dass entsprechende Grenzwerte nicht aufgeführt sind, um einen Maßstab zu haben. Es wird versichert, dass ein Austauschblatt zum Bericht nachgereicht und im Protokoll aufgenommen wird (Anlage 4).

Die gestellten Fragen wurden in der Diskussion beantwortet.

TOP 7.1 Informationen zur Situation der Asylbewerber/Flüchtlinge in Cottbus

Frau Dieckmann erläutert, dass die Stadt bis Ende des Jahres 263 Asylbewerber aufnehmen und ihre Zuweisungsquote erfüllen wird. Im Monat Dezember werden noch 89 Flüchtlinge erwartet. Fast täglich werden neue Wohnungen als Übergangswohnungen im Plattenbau hergerichtet. Es handelt sich aber auch um Wohnungen, die vor dem Abriss standen. Sie werden gemalert und mit einer Grundausstattung eingerichtet. Am 04.12.2014 wird ein Treffen mit Vertretern des Sozialministeriums stattfinden. Von Seiten der Stadt geht es im Gespräch mit dem Land insbesondere darum, die Forderung zur Erhöhung der Pauschalförderung für die Wohnungen geltend zu machen, da die Stadt sonst finanziell an ihre Grenzen kommt.

Herr Konzack führt aus, dass die Bearbeitung von Asylanträgen lange dauert. Derzeit werden im zuständigen Bundesamt Verfahren aus 2012 entschieden.

In der Diskussion gestellte Fragen wurden beantwortet.

TOP 7.2 Informationsmappe zur Situation einer Gruppe von Flüchtlingen

Herr Amat Kreft stellt die Informationsmappe vor, die den Mitgliedern ausgehändigt wurde.

Vertreter des Flüchtlingsvereins und des Bündnisses „Cottbus Nazifrei“ erläutern die Situation der Asylsuchenden aus Eritrea.

Frau Gerth schlägt vor, dass die Informationsmappe in den Fraktionen vorgestellt und der Inhalt besprochen werden sollte und sich die Fraktionen bei Gesprächsbedarf an Herrn Amat Kreft wenden können.

Der öffentliche Teil endet um 19:45 Uhr.

Für den nicht öffentlichen Teil gibt es keine Tagesordnungspunkte.

Richter
Vorsitzender des Ausschusses

Zengler
Protokollantin

Anlagen

Anlage 1 – Teilnehmerliste



Teilnahme.pdf

Anlage 2 – Präsentation zum Thema Inklusion an Grundschulen



Inklusion_Sozialaussc
huss.pdf

Anlage 3 – Antrag der SPD-Fraktion



Antrag
SPD-Fraktion.pdf

Anlage 4 – Austauschblatt zum Jahresbericht Hygiene



EU-Badegewässerric
htlinie_Bewertung.pd